

**Bericht der Verwaltung  
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung und Energie (L)  
am 08.09.2016**

**Landesprogramm Städtebauförderung 2016**

Sachdarstellung

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat dem Senat die in der Anlage beigefügte Senatsvorlage „Landesprogramm Städtebauförderung 2016“ mit der Bitte um Beschlussfassung zugeleitet.

Der Senat hat in seiner Sitzung am 02.08.2016 dazu folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 681/19 das Landesprogramm „Städtebauförderung 2016“ zur Kenntnis und stimmt einer entsprechenden Anmeldung beim Bund durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu.
2. Der Senat stellt fest, dass die in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven notwendigen Mittel zur Kofinanzierung der durch den Bund zur Verfügung gestellten Finanzhilfen in den jeweiligen Haushalten bereitgestellt werden.
3. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Bedarfsfall prioritätsbezogen einen Bundesmittelaustausch bei den Maßnahmen vornehmen wird, um einen zügigen Bundesmittelabruf zu gewährleisten.
4. Der Senat stimmt zu, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen gemäß den Vorschriften der Verwaltungsvereinbarung „Städtebauförderung 2016“ dem Bund eine neue Maßnahme benennt und frei gewordene Bundesfinanzhilfen hierfür verwendet, wenn z.B. eine bereits dem Bund gemeldete Maßnahme wegen Undurchführbarkeit oder sonstigen Gründen aufgegeben oder zurückgestellt werden wird.

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 zur Förderung des Städtebaus im liegt vor. Danach stehen in 2017 für die Länder Programmmittel der Städtebauförderung in Höhe von 740 Mio. Euro zur Verfügung zzgl. 50 Mio. Euro für Investitionen in „Nationale Projekte des Städtebaus“ (von besonderer nationaler Bedeutung und Qualität).

Daneben stellt der Bund den Ländern weitere 200 Mio. Euro für den „Investitionspakt soziale Integration“ ebenfalls als Bundesfinanzhilfe zur Verfügung.

**Beschlussvorschlag:**

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Anlage

Beschlossene Fassung der Senatsvorlage

## Vorlage für die Sitzung des Senats am 02.08.2016

### „Landesprogramm Städtebauförderung 2016“

#### A. Problem

Mit dem Landesprogramm Städtebauförderung wird alljährlich der Finanzrahmen für den Einsatz von Bundesfinanzhilfen in Bremer und Bremerhavener Quartieren gesetzt. Der Bund stellt den Ländern auf Grundlage des Artikels 104 b Grundgesetz im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung (VV 2016) Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen zur Verfügung.

Nach Jahren geringerer Mittelbereitstellungen wurde der Ansatz der Städtebauförderung im Jahr 2014 durch den Bund wieder deutlich erhöht und dabei ein Schwerpunkt auf das integrierte Programm „Soziale Stadt“ gelegt. Dieser Ansatz wird seitdem weiterhin verfolgt.

Wie im Vorjahr belaufen sich die vom Bund für alle Bundesländer bereitgestellten Städtebauförderungsmittel auf insgesamt 650 Mio. €. Allerdings wurde mit dem Bundeshaushaltsgesetz 2016 (§ 6 Abs. 11 HG) für alle Investitionstitel eine globale Sperre i. H. v. 7 % für Verpflichtungsermächtigungen bestimmt. Die Städtebauförderung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen 2017 – 2020 betroffen, die Kassenmittellasten 2016 bleiben unberührt.

Dadurch reduziert sich der bundesweite Ansatz der Städtebauförderung in 2016 von 650 Mio. € auf 606,775 Mio. €.

Sofern diese globale Sperre wieder aufgehoben werden sollte bzw. sich sonstige haushälterische Veränderungen ergeben, beabsichtigt das BMUB die Mittelausstattung der Städtebauförderung auf die vorjährige Summe von 650 Mio. € anzuheben.

In der Städtebauförderung ist auch das Programm „Soziale Stadt“ enthalten, das, wie in 2014 und 2015, mit einem Volumen von 150 Mio. € bzw. aufgrund der globalen Sperre mit einem Volumen von 140,025 Mio. € ausgereicht wird.

Bis zu 0,5 % der Städtebauförderungsmittel nimmt der Bund für Forschungsvorhaben in Anspruch, mit dem Ziel, die Effizienz der Programme zu bewerten sowie Erkenntnisse aus geförderten Maßnahmen für andere Fördergebiete nutzbar zu machen.

Die Zuteilung der Mittel erfolgt in fünf Jahresraten mit folgenden Ansätzen:  
2016: 5 %, 2017: 25 %, 2018: 30 %, 2019: 25 %, 2020: 15 %.

Zusätzlich findet 2016 das in 2014 erstmals aufgelegte Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ seine Fortführung. Dabei wird, wie 2014 und 2015, erneut ein Gesamtvolumen von 50 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung des Programms erfolgt jedoch außerhalb der VV 2016.

Nach Artikel 2 Abs. 4 der VV 2016 können die Länder bei der Förderung von Maßnahmen in Gemeinden in Haushaltssicherung bzw. Haushaltsnotlage bis zu 12,5 v. H. ihrer Bundesfinanzhilfen zu einem jeweiligen Bundes- und Landesanteil von bis zu 40 v. H. der förderfähigen Kosten einsetzen. Die Einstufung der Haushaltssicherung bzw. Haushaltsnotlage erfolgt nach jeweiligem Landesrecht.

Die für das Land Bremen wichtigen Programme „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Aktive Zentren“ profitieren erneut von der seit 2014 vorgenommenen Aufstockung der Städtebauförderung.

Folgende Bundesfinanzhilfen werden gemäß der VV 2016 den Ländern in den einzelnen Programmbereichen der Städtebauförderung zur Verfügung gestellt. Die Zahlen für die Jahre 2014 und 2015 sind zum Vergleich aufgeführt.

	<b>2016 (mit globaler Sperr)</b>	<b>2016 (ohne globale Sperr)</b>	<b>2014/2015 jeweils</b>
Soziale Stadt	140,025 Mio. €	150,00 Mio. €	150,00 Mio. €
Stadtumbau West	98,017 Mio. €	105,00 Mio. €	105,00 Mio. €
Stadtumbau Ost	98,017 Mio. €	105,00 Mio. €	105,00 Mio. €
Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	102,685 Mio. €	110,00 Mio. €	110,00 Mio. €
Städtebaulicher Denkmalschutz West	37,341 Mio. €	40,00 Mio. €	40,00 Mio. €
Städtebaulicher Denkmalschutz Ost	65,345 Mio. €	70,00 Mio. €	70,00 Mio. €
Kleinere Städte und Gemeinden	65,345 Mio. €	70,00 Mio. €	70,00 Mio. €
<b>GESAMT</b>	<b>606,775 Mio. €</b>	<b>650,00 Mio. €</b>	<b>650,00 Mio. €</b>

Das Land Bremen wird davon nach den geltenden Zuteilungsschlüsseln unter Berücksichtigung der aktuellen Zahlen des statistischen Bundesamtes in 2016 folgende Bundesfinanzhilfen erhalten (die Zahlen stellen den Verpflichtungsrahmen dar; in Klammern beigefügt sind nachrichtlich die Summen aus 2014/15):

- **„Soziale Stadt“**  
0,956 v.H. = 1.427.000 € bzw. 1.332.000 € bei globaler Sperre  
(2015: 1.416.000 €)
- **„Stadtumbau West“**  
1,020 v.H. = 1.066.000 € bzw. 995.000 € bei globaler Sperre  
(2015: 1.091.000 €)
- **„Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“**  
0,841 v.H. = 920.000 € bzw. 859.000 € bei globaler Sperre  
(2015: 922.000 €)
- **„Städtebaulicher Denkmalschutz West“**  
1,048 v.H. = 417.000 € bzw. 390.000 € bei globaler Sperre  
(2015: 421.000 €)
- **„Kleinere Städte und Gemeinden“**  
0,788 v.H. = 549.000 € bzw. 512.000 € bei globaler Sperre  
(2015: 554.000 €)

Als Grundlage des Einsatzes von Städtebauförderungsmitteln sind „Integrierte Entwicklungskonzepte“ in den Verwaltungsvereinbarungen festgeschrieben. Diese sind ressortübergreifend und in breiter Abstimmung mit lokalen Akteuren zu erarbeiten und umzusetzen. Derzeit liegen für die in den Anlagen benannten Stadt- und Ortsteile entsprechende, durch die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschlossene Konzepte vor. Zuletzt wurde Anfang 2016 das Integrierte Entwicklungskonzept Schweizer Viertel beschlossen, dessen Umsetzung aus dem Programm Soziale Stadt vorgesehen ist.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ist bereits in der Vergangenheit eine enge Kooperation mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft eingegangen. So werden investive Maßnahmen an Bremer Schulen, die sich innerhalb einer Fördergebietskulisse befinden und sich zusätzlich zum eigentlichen Schulprogramm dem Quartier öffnen, mit Bundesmitteln der Städtebauförderung und hier insbesondere aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziell bezuschusst.

Diese Zusammenarbeit wurde während der Prozesse im Bremer Westen im Rahmen der Leitbildumsetzung (pop, IEK Gröpelingen, Lernen vor Ort) ausgebaut und vertieft. Ziel ist die Stärkung lokaler Bildungslandschaften. Diese enge Zusammenarbeit wird fortgesetzt.

Vor der Ausreichung von Städtebauförderungsmitteln sind die Länder gemäß Artikel 10 der VV 2016 gehalten, jeweils ein Landesprogramm aufzustellen, welches räumliche und sachliche Schwerpunkte und die zu fördernden städtebaulichen Maßnahmen bestimmt und die dafür erwarteten Bundesfinanzhilfen benennt. Die Landesprogramme sind in die einzelnen Programmschwerpunkte zu unterteilen.

Danach teilt der Bund den Ländern gemäß Artikel 12 der VV 2016 nach Maßgabe des Bundeshaushaltes und nach Maßgabe des Bundesprogramms für die aufgeführten Maßnahmen sowie nach Bestätigung durch den Haushaltsgesetzgeber die Finanzhilfen zu. Die Bundesfinanzhilfen sind, bis auf die zuvor beschriebene Sonderregelung für Kommunen in Haushaltsnotlage, im Verhältnis 1:2 mit Gemeindemitteln gegenzufinanzieren.

## B. Lösung

Aufstellung des Landesprogramms 2016 für die einzelnen Programmbereiche der Städtebauförderung sowie anschließende Anmeldung durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr beim Bund zur Aufnahme in das Bundesprogramm 2016 (Anlagen).

### Eckdaten für das Landesprogramm „Städtebauförderung 2016“ Unter Berücksichtigung der globalen Sperre:

<u>Programm</u>	<u>Verpflichtungsrahmen (brutto)</u> (€)	<u>Anteil Bund (€)</u>	<u>Verteilung der Bundesmittel auf Bremen und Bremerhaven</u> (% / €)
Soziale Stadt	<u>3,996 Mio. €</u>	1,332 Mio. €	Bremen: 83,27%: 1,109 Mio. € Bremerhaven: 16,73%: 0,223 Mio. €
Stadtumbau West	<u>2,985 Mio. €</u>	0,995 Mio. €	Bremen: 50%: 0,498 Mio. € Bremerhaven: 50 %: 0,497 Mio. €
Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	<u>2,577 Mio. €</u>	0,859 Mio. €	Bremen: 83,27%: 0,715 Mio. € Bremerhaven: 16,73%: 0,144 Mio. €
Städtebaulicher Denkmalschutz West	<u>1,170 Mio. €</u>	0,390 Mio. €	Bremen: 83,27% : 0,325 Mio. € Bremerhaven: 16,73% : 0,065 Mio. €
Kleinere Städte und Gemeinden	<u>1,536 € Mio. €</u>	0,512 Mio. €	Bremen: 83,27%: 0,426 Mio. € Bremerhaven: 16,73%: 0,086 Mio. €
<b>GESAMT</b>	<b>12,264 Mio. €</b>	<b>4,088 Mio. €</b>	<b>Bremen: 75,17%: 3,073 Mio. € Bremerhaven: 24,83%: 1,015 Mio. €</b>

Sollte die globale Sperre aufgehoben werden, werden automatisch je Programm 7 % mehr Mittel ausgereicht. Die Aufteilung erfolgt wie bisher nach den wie folgt dargestellten Verteilungskriterien:

Die Mittelverteilung auf die Fördergebiete erfolgt nach dem durch beschlossene Integrierte Entwicklungskonzepte dargestellten Bedarf.

Das Programm „Soziale Stadt“ in der Stadt Bremen wird auf Grundlage des Gutachtens „Soziale Stadt“ sowie der entsprechenden Integrierten Entwicklungskonzepte ausgereicht.

Die Aufteilung der Mittel zwischen Bremen und Bremerhaven erfolgt in den Programmbereichen „Soziale Stadt“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, „Städtebaulicher Denkmalschutz West“ und „Kleinere Städte und Gemeinden“ wie in den vergangenen Jahren nach Einwohnerschlüssel (Bremen: 83,27% : Bremerhaven: 16,73%).

Die Mittel des Programmbereiches „Stadtumbau West“ werden wie in den vergangenen Jahren auch in diesem Jahr zu je 50% auf Bremen und Bremerhaven aufgeteilt.

Der Programmbereich „Kleinere Städte und Gemeinden“ ist mit dem Fokus auf die Probleme in den Flächenländern eingerichtet worden. Die Stadtstaaten können gemäß Art. 8 Abs. 5 der VV 2016 diese Mittel in andere Programmbereiche umschichten. Bremen und auch Bremerhaven werden die Mittel des Programmbereiches „Kleinere Städte und Gemeinden“ im Programm „Stadtumbau West“ einsetzen.

### **C. Alternativen**

Werden nicht vorgeschlagen.

### **D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender Prüfung**

Die Bundesfinanzhilfen sind im Verhältnis 1:2 mit Gemeindemitteln gegen zufinanzieren. Für die unter der Option Haushaltsnotlage an die Stadtgemeinden weitergereichten Bundesmittel erhöht sich deren Anteil von 33% auf 40%, den die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zu 60% gegenfinanzieren müssen.

Die anteilig auf das Haushaltsjahr 2016/2017 entfallenen Bundesfinanzhilfen (Kassenmittel) sowie die liquiditätsmäßig benötigten Komplementärmittel sind in der Stadtgemeinde Bremen zum Teil im Haushaltsplan des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr enthalten und sollen für weitere Einzelmaßnahmen in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts in deren Haushalt / Sondervermögen dargestellt werden, z.B. im Bildungsressort. Analog sind auch die Komplementärmittel für das Landesprogramm 2016 in der Finanzplanung für die Jahre 2018-2020 berücksichtigt.

In der Stadtgemeinde Bremerhaven sind die benötigten Komplementärmittel im Haushalt 2016/2017 des Stadtplanungsamts sowie in der Finanzplanung der Stadtgemeinde Bremerhaven bis zu Jahr 2020 enthalten.

Personalwirtschaftliche Auswirkungen entstehen nicht.

Die Aufstellung des Landesprogramms „Städtebauförderung 2016“ hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit. Diese Thematik wird im Rahmen der Maßnahmenumsetzung jedoch kontinuierlich geprüft und bewertet.

### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Senatsvorlage ist mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, der Senatorin für Finanzen, dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abgestimmt.

Der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) wird die Senatsvorlage in ihrer Sitzung am 11.08.2016 zur Kenntnis zugeleitet.

## **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

## **G. Beschlussvorschlag**

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 681/19 das Landesprogramm „Städtebauförderung 2016“ zur Kenntnis und stimmt einer entsprechenden Anmeldung beim Bund durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu.
2. Der Senat stellt fest, dass die in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven notwendigen Mittel zur Kofinanzierung der durch den Bund zur Verfügung gestellten Finanzhilfen in den jeweiligen Haushalten bereitgestellt werden.
3. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Bedarfsfall prioritätsbezogen einen Bundesmittelaustausch bei den Maßnahmen vornehmen wird, um einen zügigen Bundesmittelabruf zu gewährleisten.
4. Der Senat stimmt zu, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen gemäß den Vorschriften der Verwaltungsvereinbarung „Städtebauförderung 2016“ dem Bund eine neue Maßnahme benennt und frei gewordene Bundesfinanzhilfen hierfür verwendet, wenn z.B. eine bereits dem Bund gemeldete Maßnahme wegen Undurchführbarkeit oder sonstigen Gründen aufgegeben oder zurückgestellt werden wird.

### Anlagen:

1. „Soziale Stadt“
2. „Stadtumbau West“
3. „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“
4. „Städtebaulicher Denkmalschutz West“



Landesprogramm Städtebauförderung 2016  
 "Soziale Stadt - Investitionen im Quartier"  
 Land: Bremen

Lfd. Nr.	Gemeinde-Ortsteil Kreis (1) = städtischer Bereich (2) = ländlicher Bereich	Bezeichnung der Maßnahme ( ) = Aufnahme in das Programm	Finanzhilfe des Bundes bis einschl. 2015 T€	Finanzhilfe des Bundes Programmjahr 2016 T€
1	Bremen-Grohn (1)	Grohner Düne (1999) Modellvorhaben	590,970 18,906	<b>60,000</b>
2	Bremen-Gröpelingen (1)	Gröpelingen / Oslebshausen (1999) Modellvorhaben	3.033,323 38,557	<b>379,000</b>
3	Bremen-Hemelingen (1)	Hemelingen (1999) Modellvorhaben "Zuwanderungsfonds"	1.167,424 20,667 177,000	<b>100,000</b>
4	Bremen-Huckelriede (1)	Huckelriede/Kattenturm (2007)	104,000	<b>30,000</b>
5	Bremen-Kattenturm (1)	Kattenturm-Mitte (1999) Modellvorhaben	1.101,703 27,176	<b>60,000</b>
6	Bremen-Lüssum Bockhorn (1)	Lüssum-Bockhorn (1999) Modellvorhaben	1.331,502 13,749	<b>60,000</b>
7	Bremen-Marßeler Feld (1)	Marßeler Feld (1999) Modellvorhaben	444,053 12,916	
8	Bremen-Neue Vahr (1)	Neue Vahr (1999) Modellvorhaben	934,644 23,607	<b>60,000</b>
9	Bremen-Osterholz Tenever (1)	Osterholz-Tenever (1999) Modellvorhaben	1.105,587 13,490	<b>60,000</b>
10	Bremen-Sodenmatt/ Kirchhuchting (1)	Sodenmatt/Kirchhuchting (1999) Modellvorhaben	1.083,542 7,709	<b>160,000</b>

Lfd. Nr.	Gemeinde-Ortsteil Kreis (1) = städtischer Bereich (2) = ländlicher Bereich	Bezeichnung der Maßnahme ( ) = Aufnahme in das Programm	Finanzhilfe des Bundes bis einschl. 2015 T€	Finanzhilfe des Bundes Programmjahr 2016 T€
11	Bremen-Ellenerbrok-Schevemoor (1)	Schweizer Viertel (2009)	786,000	<b>140,000</b>
12	Bremerhaven-Wulsdorf (1)	Ringstraße (1999) Modellvorhaben 2007 Modellvorhaben 2008 Modellvorhaben 2009	1.740,933  58,000 33,000 42,000	
13	Bremerhaven-Wulsdorf	Dreibergen "Zuwanderungsfonds"	135,000 35,000	<b>223,000</b>
<b>Gesamtsumme</b>			<b>14.080,458</b>	<b>1.332,000</b>

**- Abgerechnete Maßnahmen -**

1	Bremen-Blockdiek (1)	Großsiedlung Blockdiek (1999) Modellvorhaben	383,433  13,702	
<b>Gesamtsumme</b>			<b>14.477,593</b>	

Die Modellvorhaben in der Stadtgemeinde Bremen sind abgerechnet



Landesprogramm Städtebauförderung 2016  
 "Stadtumbau-West"  
 Land: Bremen

Lfd. Nr.	Gemeinde-Ortsteil Kreis (1) = städtischer Bereich (2) = ländlicher Bereich	Bezeichnung der Maßnahme ( ) = Aufnahme in das Programm	Finanzhilfe des Bundes bis einschl. 2015 T€	Finanzhilfe des Bundes Programmjahr 2016 T€
1	Bremen- Lüssum (1)	Großsiedlung Lüssum-Bockhorn (2004) *) Zinsbeträge gem. Art. 21 VV	1.367,284 (Zinsanteil 5,284*)	
2	Bremen-Osterholz-Tenever (1)	Osterholz-Tenever (2006)	1.962,242	
3	Bremen-Neustadt (1)	Huckelriede (2006)	5.124,758	<b>200,000</b>
4	Bremen-Gröpelingen (1)	Gröpelingen <sup>1)</sup> (2014)	1.028,000	<b>400,000</b>
5	Bremen-Grohn (1)	Grohn <sup>2)</sup> (2015)	100,000	<b>324,000</b>
6	Bremerhaven-Grünhöfe (1)	Großsiedlung Grünhöfe (2004)	1.016,000	
7	Bremerhaven-Leherheide (1)	Großsiedlung Leherheide-West (2006)	576,000	
8	Bremerhaven-Geestemünde (1)	Stadtumbaugebiet Geestemünde (2007)	2.650,000	<b>83,000</b>
9	Bremerhaven-Lehe (1)	Stadtumbaugebiet Lehe <sup>3)</sup> (2008)	6.977,000	<b>250,000</b>
10	Bremerhaven-Wulsdorf (1)	Stadtumbaugebiet Wulsdorf (2009)	416,000	<b>250,000</b>
<b>Gesamtsumme</b>			<b>21.217,284</b>	<b>1.507,000</b>

Die Umschichtung aus dem Programm "Kleinere Städte und Gemeinden" über 512.000 € ist wie folgt vorgesehen:

- 1) Gröpelingen aufgestockt um 102.000 € aus Kleinere Städte und Gemeinden
- 2) Grohn aufgestockt um 324.000 € aus Kleinere Städte und Gemeinden
- 3) Stadtumbaugebiet Lehe aufgestockt um 86.000 € aus Kleinere Städte und Gemeinden



**Landesprogramm Städtebauförderung 2016**  
**"Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"**  
**Land: Bremen**

<b>Lfd Nr.</b>	<b>Gemeinde-Ortsteil Kreis (1) = städtischer Bereich</b>	<b>Bezeichnung der Maßnahme ( ) = Aufnahme in das Programm</b>	<b>Finanzhilfe des Bundes bis einschl. 2015 T€</b>	<b>Finanzhilfen des Bundes Programmjahr 2016 T€</b>
1	Bremen-Neustadt (1)	"Alte Neustadt / Buntentorsteinweg" (2009)	2.139,000	<b>100,000</b>
2	Bremen-Bremer Westen (1)	"Walle" (2009)	2.504,000	<b>615,000</b>
3	Bremerhaven-Geestemünde 1)	"Geestemünde" (2010)	576,000	<b>50,000</b>
4	Bremerhaven-Lehe (1)	"Lehe" (2010)	142,000	<b>50,000</b>
5	Bremerhaven-Wulsdorf (1)	Wulsdorf (2008)	50,000	<b>44,000</b>
<b>Gesamtsumme</b>			<b>5.411,000</b>	<b>859,000</b>



**Landesprogramm Städtebauförderung 2016**  
**"Städtebaulicher Denkmalschutz West"**  
**Land: Bremen**

<b>Lfd Nr.</b>	<b>Gemeinde-Ortsteil Kreis (1) = städtischer Bereich</b>	<b>Bezeichnung der Maßnahme ( ) = Aufnahme in das Programm</b>	<b>Finanzhilfe des Bundes Programmjahr bis 2015 T€</b>	<b>Finanzhilfe des Bundes Programmjahr 2016 T€</b>
1	Bremen-Neustadt (1)	Sanierungsgebiet Hohentor / Alte Neustadt (2009)	<b>1.100,000</b>	<b>60,000</b>
2	Bremen-Gröpelingen (1)	Humann-Viertel (2014)	<b>606,000</b>	<b>265,000</b>
3	Bremerhaven (1)	Erhaltungsgebiet Scharnhorststraße (2009)	<b>826,000</b>	<b>65,000</b>
<b>Gesamtsumme</b>			<b>2.532,000</b>	<b>390,000</b>



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, SW I4, 11055 Berlin

Frau  
Bianca Urban  
Senatsverwaltung für Umwelt, Bau und Verkehr  
der Freien Hansestadt Bremen  
Contrescarpe 72  
28195 Bremen

Anke Brummer-Kohler  
Leiterin der Abteilung SW  
Stadtentwicklung,  
Wohnen,  
öffentliches Baurecht

TEL +49 3018 305-6000

FAX +49 3018 305-4375

anke.brummer-kohler@bmub.bund.de

www.bmub.bund.de

**Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Art. 104b Grundgesetz zur  
Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Bundesprogramm Städte-  
bauförderung 2016)  
- Zuteilung der Bundesmittel aus dem Bundeshaushaltsplan Kapitel  
1606 Titel 882 11  
Anlagen 8**

Aktenzeichen: SW I4 -92021.3/0-2016.2

Berlin, 5.02.2016

Sehr geehrte Frau Urban,

zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen stellt der Bund den Ländern aus dem Bundeshaushaltsplan 2016 Finanzhilfen gemäß Artikel 104 b Grundgesetz von insgesamt rd. 607 Mio. Euro (Verpflichtungsrahmen) unter Berücksichtigung der Kürzungen der Verpflichtungsermächtigungen auf 93 % gemäß § 6 Abs. 11 Haushaltsgesetz 2016 zur Verfügung.

Grundlage für die Förderung ist die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2016 (VV 2016), die Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks Ihrem Land mit Schreiben vom 18.12.2015 zur Unterzeichnung übersendet hat. Die VV 2016 tritt in Kraft, sobald diese von allen Ländern unterzeichnet wurde.

Zur Beschleunigung der Umsetzung der VV 2016 seitens des Bundes teile ich Ihnen die Bundesmittel gemäß Artikel 12 Abs. 1 VV bereits vor Inkrafttreten der VV 2016 zu. Diese Zuteilung steht unter Vorbehalt und wird erst wirksam, wenn



Seite 2

- die VV 2016 von allen 16 Ländern unterzeichnet und damit zustande gekommen ist und
- das jeweilige Landesprogramm einschließlich der vollständigen Begleitinformationen gem. Artikel 10 VV 2016 vorgelegt und einer Aufnahme in das Bundesprogramm 2016 entweder schriftlich zugestimmt oder nicht innerhalb der in Artikel 11 VV 2016 festgelegten Frist widersprochen wurde.

Sobald die o.g. Bedingungen erfüllt sind, wird Ihr Land schriftlich benachrichtigt.

Die Aufteilung der in Artikel 1 Abs. 2 VV 2016 genannten Bundesfinanzhilfen auf die einzelnen Programme und Länder ergibt sich aus der Anlage 1. Dabei wurden die vom Bund gemäß Bundeshaushaltsplan (Kap. 1606, Tgr. 01, Haushaltsvermerk Nr. 3) i.V. m. Artikel 1 Abs. 3 VV 2016 für Forschungsvorhaben einbehaltenen 0,5 v. H. der Bundesmittel in Abzug gebracht.

Die Fälligkeiten der Bundesfinanzhilfen in den einzelnen Haushaltsjahren sind in den beigefügten Anlagen festgelegt. Die darin genannten Beträge dürfen nur im Rahmen der zur Bewirtschaftung übertragenen Haushaltsmittel in Anspruch genommen werden; dazu ergehen gesonderte Schreiben (Bewirtschaftungsübertragungsschreiben).

Für den Einsatz und die Abrechnung der Bundesmittel gelten die Regelungen der Verwaltungsvereinbarung. Auf die Pflicht, über die eingegangenen Verpflichtungen gemäß § 71 Abs. 1 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung Buch zu führen, weise ich ausdrücklich hin.

Die ausfinanzierten Maßnahmen werden im Bundesprogramm mit aufgeführt. Soweit Gesamtmaßnahmen zum Abschluss anstehen, bitte ich, unter Bezugnahme auf Art. 12 Abs. 4 und Art. 17 Abs. 3 VV 2016 um eine zügige Abrechnung der Bundesmittel bemüht zu sein.

Ich bitte Sie, die Landesprogramme bis spätestens 31.03.2016 an den Bund zu übersenden und – wie in den vergangenen Jahren auch – ggf. weitere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Förderung weiter zu beschleunigen.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Brummer-Kohler

Anke Brummer-Kohler



Tabelle: Aufteilung der Bundesfinanzhilfen (gemäß Absatz 2 abzüglich o. g. Forschungsmittel), auf volle T€ gerundet

	Soziale Stadt		Stadtbau						Stadtebaulicher Denkmalschutz						Aktive Stadt- und Ortsteilzentren		Kleinere Städte und Gemeinden		Gesamt
	i.v.H.	T €	Ost i.v.H.	West i.v.H.	Ost T €	West T €	Ost i.v.H.	West i.v.H.	Ost T €	West T €	Ost i.v.H.	West i.v.H.	Ost T €	West T €	i.v.H.	T €	i.v.H.	T €	
Baden-Württemberg	12.392	17.265	0	14.206	0	13.855	0	14.810	0	5.503	12.085	12.347	11.259	7.320	56.290				
Bayern	14.294	19.915	0	17.153	0	16.729	0	17.286	0	6.422	14.027	14.332	13.464	8.754	66.152				
Berlin Ost	1.681	2.342	7.061	0	6.886	0	9.888	0	6.429	0	1.576	1.611	1.268	824	18.092				
Berlin West	3.363	4.685	0	3.120	0	3.043	0	3.909	0	1.453	3.151	3.219	2.537	1.650	14.050				
Brandenburg	3.111	4.334	17.586	0	17.151	0	17.054	0	11.088	0	3.419	3.494	4.037	2.625	38.692				
Bremen	0.956	1.332	0	1.020	0	995	0	1.048	0	390	0.841	859	0.788	512	4.088				
Hamburg	2.339	3.259	0	2.197	0	2.143	0	2.590	0	962	2.128	2.174	1.801	1.171	9.709				
Hessen	7.495	10.442	0	8.998	0	8.775	0	9.222	0	3.426	7.373	7.533	6.893	4.482	34.658				
Mecklenburg-Vorpommern	2.090	2.912	11.684	0	11.395	0	11.279	0	7.333	0	2.278	2.327	2.714	1.765	25.732				
Niedersachsen	9.344	13.019	0	12.249	0	11.946	0	11.654	0	4.330	9.157	9.356	9.221	5.995	44.646				
Nordrhein-Westfalen	23.133	32.230	0	29.055	0	28.336	0	27.882	0	10.359	21.903	22.379	21.649	14.076	107.380				
Rheinland-Pfalz	4.677	6.516	0	6.018	0	5.869	0	5.874	0	2.182	4.659	4.760	4.590	2.984	22.311				
Saarland	1.231	1.716	0	2.072	0	2.021	0	1.750	0	650	1.307	1.335	1.434	932	6.654				
Sachsen	5.014	6.986	30.078	0	29.334	0	29.572	0	19.227	0	6.087	6.219	7.059	4.590	66.356				
Sachsen-Anhalt	2.930	4.082	17.862	0	17.421	0	16.824	0	10.939	0	3.626	3.705	4.485	2.916	39.063				
Schleswig-Holstein	3.365	4.688	0	3.912	0	3.815	0	3.975	0	1.477	3.187	3.257	3.078	2.001	15.238				
Thüringen	2.585	3.602	15.729	0	15.340	0	15.383	0	10.002	0	3.196	3.265	3.723	2.421	34.630				
<b>Insgesamt</b>	<b>100.000</b>	<b>139.325</b>	<b>100.000</b>	<b>100.000</b>	<b>97.527</b>	<b>97.527</b>	<b>100.000</b>	<b>100.000</b>	<b>65.018</b>	<b>37.154</b>	<b>100.000</b>	<b>102.172</b>	<b>100.000</b>	<b>65.018</b>	<b>603.741</b>				

# Verpflichtungsrahmen für das Programmjahr 2016

Kapitel 1606 Titel 882 11/ Objektkonto 03549307

## Soziale Stadt

Angaben in T €

Land	Verteilungsschlüssel	Verpflichtungsrahmen, gem. VV Art. 1 Abs. 3	haushaltsmäßige Abwicklung					(15 v. H.) 2020
			(5 v. H.) 2016	(25 v. H.) 2017	(30 v. H.) 2018	(25 v. H.) 2019	(15 v. H.) 2020	
1	2	3	5	6	7	8	9	
Baden-Württemberg	12,392	17,265	906	4.281	5.163	4.322	2.593	
Bayern	14,294	19,915	1.045	4.939	5.955	4.985	2.991	
Berlin	5,044	7,027	369	1.743	2.101	1.759	1.055	
Brandenburg	3,111	4,334	228	1.075	1.295	1.085	651	
Bremen	0,956	1,332	70	331	398	333	200	
Hamburg	2,339	3,259	171	808	974	816	490	
Hessen	7,495	10,442	548	2.590	3.123	2.613	1.568	
Meckl.-Vorp.	2,090	2,912	153	722	871	729	437	
Niedersachsen	9,344	13,019	683	3.228	3.893	3.259	1.956	
Nordrhein-Westfalen	23,133	32,230	1.692	7.992	9.638	8.067	4.841	
Rheinland-Pfalz	4,677	6,516	342	1.616	1.949	1.631	978	
Saarland	1,231	1,716	90	425	513	429	259	
Sachsen	5,014	6,986	367	1.732	2.089	1.749	1.049	
Sachsen-Anhalt	2,930	4,082	214	1.012	1.221	1.022	613	
Schleswig-Holstein	3,365	4,688	246	1.163	1.402	1.174	703	
Thüringen	2,585	3,602	189	893	1.077	902	541	
<b>gesamt</b>	<b>100,000</b>	<b>139,325</b>	<b>7.313</b>	<b>34.550</b>	<b>41.662</b>	<b>34.875</b>	<b>20.925</b>	
Forschungsanteil		700	187	325	188	0	0	
<b>insgesamt</b>		<b>140,025</b>	<b>7.500</b>	<b>34.875</b>	<b>41.850</b>	<b>34.875</b>	<b>20.925</b>	
Beteiligung des Bundes in v.H.		33 1/3						

# Verpflichtungsrahmen für das Programmjahr 2016

Kapitel 1606 Titel 882 11/ Objektkonto 03549269

Stadtumbau Ost

Angaben in T €

Land	Verteilungsschlüssel	Verpflichtungsrahmen, gem. VV Art. 1 Abs. 3	haushaltsmäßige Abwicklung					(15 v. H.) 2020
			(5 v. H.) 2016	(25 v. H.) 2017	(30 v. H.) 2018	(25 v. H.) 2019	(15 v. H.) 2020	
1	2	3	5	6	7	8	9	
Berlin	7,061	6.886	361	1.708	2.059	1.724	1.034	
Brandenburg	17,586	17.151	900	4.253	5.129	4.293	2.576	
Meckl.-Vorp.	11,684	11.395	598	2.826	3.408	2.852	1.711	
Sachsen	30,078	29.334	1.540	7.273	8.772	7.343	4.406	
Sachsen-Anhalt	17,862	17.421	915	4.321	5.209	4.360	2.616	
Thüringen	15,729	15.340	805	3.804	4.587	3.840	2.304	
<b>gesamt</b>	<b>100.000</b>	<b>97.527</b>	<b>5.119</b>	<b>24.185</b>	<b>29.164</b>	<b>24.412</b>	<b>14.647</b>	
Forschungsanteil		490	131	228	131	0	0	
insgesamt		<b>98.017</b>	<b>5.250</b>	<b>24.413</b>	<b>29.295</b>	<b>24.412</b>	<b>14.647</b>	
Beteiligung des Bundes in v.H.		Aufw. 33 1/3 Rückb. 50						

# Verpflichtungsrahmen für das Programmjahr 2016

Kapitel 1606 Titel 882 11/ Objektkonto 03549277

Stadtumbau West

Angaben in T €

Land	Verteilungsschlüssel	Verpflichtungsrahmen, gem. VV Art. 1 Abs. 3	haushaltsmäßige Abwicklung				
			(5 v. H.) 2016	(25 v. H.) 2017	(30 v. H.) 2018	(25 v. H.) 2019	(15 v. H.) 2020
1	2	3	5	6	7	8	9
Baden-Württemberg	14.206	13.855	727	3.436	4.143	3.468	2.081
Bayern	17.153	16.729	879	4.148	5.002	4.188	2.512
Berlin	3.120	3.043	160	755	910	762	456
Bremen	1.020	995	52	248	297	249	149
Hamburg	2.197	2.143	112	531	642	536	322
Hessen	8.998	8.775	461	2.176	2.624	2.197	1.317
Niedersachsen	12.249	11.946	627	2.962	3.572	2.990	1.795
Nordrhein-Westfalen	29.055	28.336	1.487	7.027	8.473	7.093	4.256
Rheinland-Pfalz	6.018	5.869	308	1.455	1.755	1.469	882
Saarland	2.072	2.021	106	501	604	506	304
Schleswig-Holstein	3.912	3.815	200	946	1.141	955	573
gesamt	100.000	97.527	5.119	24.185	29.163	24.413	14.647
Forschungsanteil		490	131	227	132	0	0
insgesamt		98.017	5.250	24.412	29.295	24.413	14.647
Beteiligung des Bundes in v.H.		33 1/3					

# Verpflichtungsrahmen für das Programmjahr 2016

Kapitel 1606 Titel 882 11/ Objektkonto 03549285

## Städtebaulicher Denkmalschutz Ost

Angaben in T €

Land	Verteilungsschlüssel	Verpflichtungsrahmen, gem. VV Art. 1 Abs. 3	haushaltsmäßige Abwicklung				
			(5 v. H.) 2016	(25 v. H.) 2017	(30 v. H.) 2018	(25 v. H.) 2019	(15 v. H.) 2020
1	2	3	5	6	7	8	9
Berlin	9,888	6,429	338	1,594	1,922	1,609	966
Brandenburg	17,054	11,088	582	2,749	3,316	2,776	1,665
Meckl.-Vorp.	11,279	7,333	385	1,819	2,193	1,835	1,101
Sachsen	29,572	19,227	1,009	4,768	5,749	4,813	2,888
Sachsen-Anhalt	16,824	10,939	574	2,713	3,271	2,738	1,643
Thüringen	15,383	10,002	525	2,480	2,991	2,504	1,502
<b>gesamt</b>	<b>100,000</b>	<b>65,018</b>	<b>3,413</b>	<b>16,123</b>	<b>19,442</b>	<b>16,275</b>	<b>9,765</b>
Forschungsanteil		327	87	152	88	0	0
insgesamt		<b>65,345</b>	<b>3,500</b>	<b>16,275</b>	<b>19,530</b>	<b>16,275</b>	<b>9,765</b>
Beteiligung des Bundes in v. H.		40					

# Verpflichtungsrahmen für das Programmjahr 2016

Kapitel 1606 Titel 882 11/Objektkonto 03549293

## Städtebaulicher Denkmalschutz West

Angaben in T €

Land	Verteilungsschlüssel	Verpflichtungsrahmen, gem. VV Art. 1 Abs. 3	haushaltsmäßige Abwicklung				
			(5 v. H.) 2016	(25 v. H.) 2017	(30 v. H.) 2018	(25 v. H.) 2019	(15 v. H.) 2020
1	2	3	5	6	7	8	9
Baden-Württemberg	14,810	5.503	289	1.364	1.645	1.377	828
Bayern	17,286	6.422	336	1.593	1.920	1.608	965
Berlin	3,909	1.453	76	360	434	364	219
Bremen	1,048	390	20	97	116	97	60
Hamburg	2,590	962	51	239	288	241	143
Hessen	9,222	3.426	180	850	1.025	858	513
Niedersachsen	11,654	4.330	227	1.074	1.295	1.084	650
Nordrhein-Westfalen	27,882	10.359	544	2.569	3.098	2.593	1.555
Rheinland-Pfalz	5,874	2.182	115	541	653	545	328
Saarland	1,750	650	34	161	194	163	98
Schleswig-Holstein	3,975	1.477	78	365	442	370	222
gesamt	100,000	37.154	1.950	9.213	11.110	9.300	5.581
Forschungsanteil		187	50	87	50	0	0
insgesamt		37.341	2.000	9.300	11.160	9.300	5.581
Beteiligung des Bundes in v.H.		33 1/3					

# Verpflichtungsrahmen für das Programmjahr 2016

Kapitel 1606 Titel 882 11/ Objektkonto 03549315

## Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Angaben in T €

Land	Verteilungsschlüssel	Verpflichtungsrahmen, gem. VV Art. 1 Abs. 3	haushaltsmäßige Abwicklung				
			(5 v. H.) 2016	(25 v. H.) 2017	(30 v. H.) 2018	(25 v. H.) 2019	(15 v. H.) 2020
1	2	3	5	6	7	8	9
Baden-Württemberg	12,085	12.347	648	3.062	3.692	3.091	1.854
Bayern	14,027	14.332	753	3.554	4.286	3.587	2.152
Berlin	4,727	4.830	254	1.198	1.444	1.209	725
Brandenburg	3,419	3.494	184	866	1.045	874	525
Bremen	0,841	859	45	213	257	215	129
Hamburg	2,128	2.174	114	539	650	544	327
Hessen	7,373	7.533	395	1.868	2.253	1.886	1.131
Meckl.-Vorp.	2,278	2.327	122	577	696	583	349
Niedersachsen	9,157	9.356	491	2.320	2.798	2.342	1.405
Nordrhein-Westfalen	21,903	22.379	1.174	5.550	6.692	5.602	3.361
Rheinland-Pfalz	4,659	4.760	250	1.180	1.423	1.192	715
Saarland	1,307	1.335	70	331	399	334	201
Sachsen	6,087	6.219	326	1.542	1.860	1.557	934
Sachsen-Anhalt	3,626	3.705	194	919	1.108	927	557
Schleswig-Holstein	3,187	3.257	171	807	974	815	490
Thüringen	3,196	3.265	171	811	976	817	490
<b>gesamt</b>	<b>100,000</b>	<b>102.172</b>	<b>5.362</b>	<b>25.337</b>	<b>30.553</b>	<b>25.575</b>	<b>15.345</b>
Forschungsanteil		513	138	238	137	0	0
insgesamt		<b>102.685</b>	<b>5.500</b>	<b>25.575</b>	<b>30.690</b>	<b>25.575</b>	<b>15.345</b>
Beteiligung des Bundes in v.H.		33 1/3					

# Verpflichtungsrahmen für das Programmjahr 2016

Kapitel 1606 Titel 882 11/ Objektkonto 03549323

## Kleinere Städte und Gemeinden

Angaben in T €

Land	Verteilungsschlüssel	Verpflichtungsrahmen, gem. VV Art. 1 Abs. 3	haushaltsmäßige Abwicklung				
			(5 v. H.) 2016	(25 v. H.) 2017	(30 v. H.) 2018	(25 v. H.) 2019	(15 v. H.) 2020
1	2	3	5	6	7	8	9
Baden-Württemberg	11,259	7.320	384	1816	2.189	1.832	1.099
Bayern	13,464	8.754	459	2171	2.618	2.191	1.315
Berlin	3,805	2.474	130	613	740	619	372
Brandenburg	4,037	2.625	138	651	785	657	394
Bremen	0,788	512	27	127	153	128	77
Hamburg	1,801	1.171	61	291	350	293	176
Hessen	6,893	4.482	235	1111	1.340	1.122	674
Meckl.-Vorp.	2,714	1.765	93	438	528	442	264
Niedersachsen	9,221	5.995	314	1487	1.793	1.501	900
Nordrhein-Westfalen	21,649	14.076	739	3490	4.209	3.524	2.114
Rheinland-Pfalz	4,590	2.984	157	740	892	747	448
Saarland	1,434	932	49	231	279	233	140
Sachsen	7,059	4.590	241	1138	1.373	1.149	689
Sachsen-Anhalt	4,485	2.916	153	723	872	730	438
Schleswig-Holstein	3,078	2.001	105	496	598	501	301
Thüringen	3,723	2.421	127	600	724	606	364
gesamt	100,000	65.018	3.412	16.123	19.443	16.275	9.765
Forschungsanteil		327	88	152	87	0	0
insgesamt		65.345	3.500	16.275	19.530	16.275	9.765
Beteiligung des Bundes in v.H.		33 1/3					